

 INFRASTRUKTUR MACHT PLANERN SORGE

Wall Street Journal: So berichtet ein US-Medium über Deutschlands Kriegspläne

Ein amerikanischer Bericht legt Details zum „Operationsplan Deutschland“ offen. Er zeigt, wie die Bundeswehr einen möglichen Nato-Krieg im Osten logistisch plant und wo sie dabei an Grenzen stößt.



Alexander Schmalz

27.11.2025

↻ 28.11.2025, 12:37 Uhr



Soldaten der Bundeswehr nehmen am 25. September 2025 an der Übung „Red Storm Bravo“ im Hamburger Hafen teil.

Tobias Schwarz/AFP

Als die Berliner Zeitung im September über den „Operationsplan Deutschland“ berichtete, war vor allem eines klar: Im Ernstfall soll die Bundesrepublik zur logistischen Drehscheibe der Nato werden. Der geheime OPLAN DEU definiert, wie Munition, Soldaten und Kriegsgerät durch Deutschland rollen, welche Rolle die Hauptstadt spielt und auf welche zivilen Strukturen der Staat im Spannungs- oder Verteidigungsfall zugreifen kann.

Nun liefert das Wall Street Journal (WSJ) neue, sehr konkrete Einblicke in diesen Plan. Das Blatt beschreibt ein rund 1200 Seiten starkes geheimes Dokument, das hinter den Mauern der Julius-Leber-Kaserne in Berlin erarbeitet wurde. Demnach sieht OPLAN DEU vor, dass im Kriegsfall bis zu 800.000 Soldaten aus Deutschland, den USA und anderen Nato-Staaten über deutsches Territorium an die Ostflanke verlegt werden sollen – mit detaillierten Marschrouten über Häfen, Flüsse, Bahntrassen und Autobahnen.

Deutschland als Nato-Drehscheibe und logistische Schwachstelle

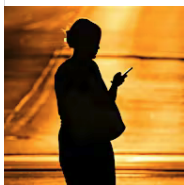
Die Grundannahme des Plans ist klar: Mit den Alpen als natürlicher Barriere führt für große Nato-Verbände im Ernstfall an Deutschland kaum ein Weg vorbei. Unabhängig davon, wo ein Konflikt eskalieren würde – im Baltikum, in Polen oder weiter südlich –, müssten wesentliche Teile der Verstärkungen über deutsche Häfen, Schienen und Autobahnen an die Ostflanke verlegt werden. Zuständig für die Ausarbeitung und Fortschreibung des OPLAN DEU ist das Territoriale Führungskommando der Bundeswehr in Berlin.

Der Plan ist dabei ausdrücklich nicht als Angriffsplan formuliert, sondern als Teil der Abschreckung. Ziel sei es, einen Krieg durch glaubhafte Verteidigungsfähigkeit zu verhindern, indem jeder potenzielle Angreifer davon ausgehen müsse, dass ein Angriff auf Nato-Gebiet militärisch aussichtslos sei, zitiert das WSJ einen der beteiligten Offiziere.



Europas Gegenvorschlag zum US-Friedensplan: Das sind die entscheidenden Unterschiede

Internationales 24.11.2025



Zensur im Netz: Wie das Internet zur „Westlichen Wertewelt“ umgebaut wird

Politik 24.11.2025



Schwachstelle Nachschub: Deutschlands Infrastruktur unter Druck

Die größte Sorge der Planer ist dem Bericht zufolge nicht die Zahl der Panzer oder Soldaten, sondern die Frage, ob Deutschland die eigene logistische Rolle überhaupt erfüllen kann. Jahrzehnte der Vernachlässigung haben tiefe Spuren hinterlassen: marode Autobahnbrücken, überlastete Bahntrassen, Häfen mit nur einer einzigen Anbindung ins Hinterland.

Ein Unfall am Hafen Nordenham zeigt das Problem. Dort rammte 2024 ein Frachtschiff eine Eisenbahnbrücke, die einzige Schienenverbindung zu dem Hafen, der als zentraler Umschlagplatz für Munitionslieferungen in die Ukraine gilt. Wenig später beschädigte ein weiteres Schiff eine provisorische Ersatzbrücke. Hinweise auf Sabotage wurden nicht gefunden. Dennoch musste nach Angaben des Pentagons ein Teil der Militärtransporte über Polen umgeleitet werden. Dieser logistische Engpass sei in Nato-Kreisen als

Warnsignal gewertet worden.

Die Bundesregierung plant nach eigenen Angaben massive Investitionen in Schienennetz und Häfen, einen Teil davon ausdrücklich als „dual use“, also mit Blick auf militärische Nutzung. Doch viele dieser Ausbauten werden nach Angaben der Bundeswehr Jahre dauern.

Rheinmetall baut eine „Kleinstadt aus dem Nichts“

Der Bericht zeigt auch, wie stark die Bundeswehr längst auf private Unternehmen angewiesen ist, um OPLAN DEU überhaupt umsetzen zu können. Besonders plastisch ist ein Manöver irgendwo in Ostdeutschland, das das WSJ beschreibt: Der Rüstungskonzern Rheinmetall errichtete demnach innerhalb von zwei Wochen ein Feldlager für 500 Soldaten – mit Schlafcontainern, 48 Duschkabinen, fünf Tankstellen, Feldküche, Drohnenüberwachung und bewaffnetem Wachpersonal, das zuvor auf mögliche russische oder chinesische Einflussnahme geprüft worden war. Nach sieben Tagen wurde das Lager wieder vollständig abgebaut. Ein Manager von Rheinmetall erklärte gegenüber der Zeitung, man errichte „eine kleine Stadt aus dem Nichts, um sie nach wenigen Tagen wieder verschwinden zu lassen“.

Rheinmetall hat dafür einen Versorgungsvertrag im Umfang von rund 260 Millionen Euro erhalten. Die Übung offenbarte aber auch Schwächen: Das Gelände war zu klein, lag auf mehreren nicht zusammenhängenden Flächen, Soldaten mussten mit Bussen hin- und hergefahren werden. Bereits eine frühere Übung habe zudem gezeigt, dass an einer bestimmten Kreuzung schlicht eine zusätzliche Ampel nötig sei, um militärische Konvois flüssig durchzuschleusen. All diese Erkenntnisse fließen laut WSJ als Korrekturen in OPLAN DEU ein.

Hamburg als Testfeld: „Red Storm Bravo“

Wie der geheime Plan für eine Großstadt aussehen könnte, wurde Ende September in Hamburg sichtbar. Unter dem Titel „Red Storm Bravo“ probten dort Bundeswehr, Polizei, Feuerwehr, Technisches Hilfswerk und Hafenunternehmen drei Tage lang die zivil-militärische Zusammenarbeit. Grundlage der Übung sei ausdrücklich OPLAN DEU gewesen, betonten Bundeswehr und Polizei Hamburg.

Simuliert wurde den Angaben zufolge, wie rund 500 Nato-Soldaten im Hafen anlanden, Konvois aus Dutzenden Fahrzeugen bilden und nachts quer durch die Stadt in Richtung Osten fahren. Geübt wurden auch Störungen, etwa Drohnenflüge über der Kolonne oder Blockaden von Zufahrten.



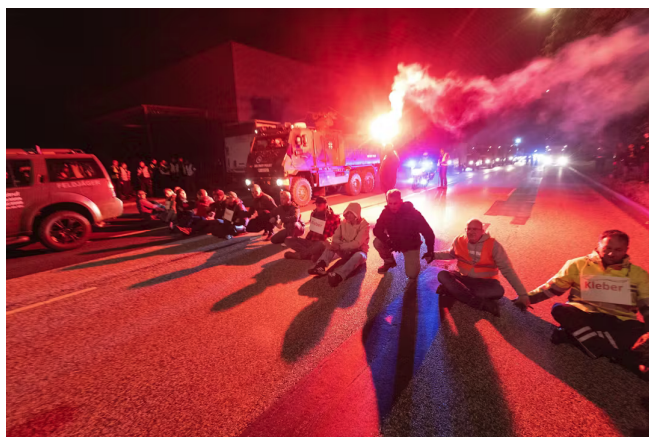


Ein Bundeswehrsoldat nutzt bei der Übung „Red Storm Bravo“ in Hamburg einen tragbaren Drohnenstörsender vom Typ HP 47 neben einem RADIS-Funkaufklärungssystem.
Tobias Schwarz/AFP

Demonstranten stoppen Konvoi

Schon kleine Abweichungen brachten den Ablauf durcheinander. So kritisierten Beobachter laut WSJ die zu großen Abstände zwischen den Fahrzeugen, in die theoretisch Zivilwagen hätten hineinfahren können. Als sich im Szenario Demonstranten auf der Straße festklebten, gespielt von Reservisten, durften die Soldaten nicht eingreifen. Die Polizei wiederum hatte zunächst keine geeigneten Mittel, um die Personen schnell zu lösen. Am Ende war der Konvoi nach zwei Stunden gerade einmal knapp zehn Kilometer weit gekommen.

Der Bericht zeichnet ein Bild eines Landes, das sich zwar militärisch neu aufstellt, aber noch immer rechtlich und organisatorisch im Friedensmodus steckt. Die Zahl der Sabotagefälle gegen die Infrastruktur ist in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Deutsche Behörden registrierten Anschläge auf Kabel und Stellwerke der Bahn, Ermittler machen in einzelnen Fällen russische Dienste verantwortlich. Gerichte verurteilten unter anderem einen Mann, der im Auftrag Moskaus Anschläge auf Bahnstrecken und militärische Objekte vorbereitet haben soll.



Reservisten, die sich als Demonstranten verkleidet haben, blockieren in einer gestellten Szene eine Kolonnenfahrt der Bundeswehr, die sich mit rund 70 Fahrzeugen durch das Hamburger Stadtgebiet bewegt.

Rechtliche Hürden für militärische Drohnen

Gleichzeitig stoßen die Sicherheitsbehörden auf rechtliche und praktische Grenzen. Drohnen der Bundeswehr dürfen über Städten nur eingeschränkt eingesetzt werden und müssen Positionslichter tragen. Was der Flugsicherheit dient, erschwert im militärischen Einsatz etwa die verdeckte Überwachung von Truppenkonvois. Das WSJ zitiert den Vertreter eines Drohnenherstellers mit den Worten, Vorschriften, die im zivilen Betrieb sinnvoll seien, „konterkarieren im militärischen Kontext den Zweck“.

Die Nachrichtendienste wiederum würden versuchen, kritische Infrastruktur gegen innere Bedrohungen abzusichern. Nach Angaben des Bundesamts für Verfassungsschutz wurden im vergangenen Jahr knapp 10.000 Mitarbeiterprüfungen bei Betreibern sensibler Anlagen durchgeführt.

Offiziell verfolgt OPLAN DEU einen „gesamtstaatlichen“ Ansatz. Bundeswehr, Bundes- und Landesbehörden, Kommunen, Unternehmen und Hilfsorganisationen sollen im Ernstfall eng verzahnt arbeiten. Das Territoriale Führungskommando spricht von einem „ersten umfassenden Verteidigungsplan seit Ende des Kalten Kriegs“, der in der Julius-Leber-Kaserne im November 2024 einem Stresstest mit rund 200 Vertreterinnen und Vertretern von Bund und Ländern unterzogen wurde. Wie der Stresstest ausfiel und was das alles konkret für die Zivilbevölkerung bedeutet, bleibt größtenteils im Dunkeln.

OPLAN DEU und die Folgen für die Hauptstadt

Die Berliner Zeitung hatte im September exklusiv über eine Anfrage des Berliner Abgeordneten Alexander King (Bündnis Sahra Wagenknecht) berichtet, der wissen wollte, welche Folgen OPLAN DEU für die Hauptstadt hat. Der Senat antwortete damals, dass im Spannungs- oder Verteidigungsfall auf Privateigentum zugegriffen werden könne, und verwies auf Bundesleistungsgesetz, Schutzbereichsgesetz und Landesbeschaffungsgesetz. Fahrzeuge, Immobilien, Flächen, theoretisch auch Wohnraum können demnach beschlagnahmt werden, Entschädigung inklusive, aber unter dem Primat militärischer Notwendigkeit.

Zugleich wurde deutlich, wie wenig Schutz es derzeit gibt: In Berlin existiert nach Angaben des Senats kein einziger funktionsfähiger öffentlicher Schutzraum mehr. Bunkeranlagen wurden seit 2008 zurückgebaut, nun soll geprüft werden, ob U-Bahn-Stationen und Bahnhöfe als Notunterkünfte ertüchtigt werden können. Konkrete Ergebnisse liegen bislang nicht vor.

King kritisierte damals gegenüber der Berliner Zeitung, Parlament und Öffentlichkeit

könnten zentrale Planungsgrundlagen nicht einsehen. Entscheidungen über Infrastruktur, Kliniken oder mögliche Dienstpflichten ließen sich dadurch kaum nachvollziehen.

Moskaus Rüstungsindustrie: Will Russland sich stark machen, um die Nato anzugreifen?

Ausland 26.10.2025



Drohnengefahr: Wann ist der Abschuss erlaubt?

Politik 15.10.2025



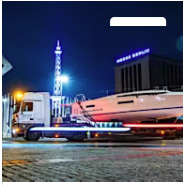
Wettlauf gegen die Zeit

Im Hintergrund steht eine Bedrohungslage, die auch im WSJ-Bericht klar benannt wird: Deutsche Planer gehen davon aus, dass Russland spätestens Ende dieses Jahrzehnts in der Lage sein könnte, die Nato direkt anzugreifen. Politiker und Militärs nennen immer wieder das Jahr 2029 als Referenz. Zugleich verweist das Blatt auf eine Serie von Spionagefällen, Sabotageakten und Luftraumverletzungen, die westliche Geheimdienste Moskau zuschreiben.

Die Bundeswehr selbst gibt sich dennoch betont zufrieden mit dem, was seit Beginn der Zeitenwende entstanden ist. „Wenn man bedenkt, dass wir Anfang 2023 mit einem leeren Blatt angefangen haben, sind wir heute sehr weit“, zitiert das WSJ einen der Autoren des Plans. OPLAN DEU sei „ein sehr anspruchsvolles Produkt“, das ständig weiterentwickelt werde.

Ob die Realität im Ernstfall mit diesem Papier Schritt halten kann, ist offen. Klar ist nur: Der Operationsplan Deutschland ist längst mehr als eine abstrakte Stabsübung. Er greift in Häfen, Verkehrswege, Unternehmen und Kliniken ein – und damit in den Alltag der Menschen, lange bevor ein Schuss fällt. Genau an dieser Schnittstelle zwischen geheimer Kriegslogistik und demokratischer Öffentlichkeit werden die Debatten der nächsten Jahre geführt werden müssen.

Empfehlungen aus dem BLZ-Ticketshop:



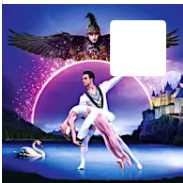
BOOT & FUN auf der OutVenture Berlin 2025. Tickets hier!

Berlin 03.11.2025



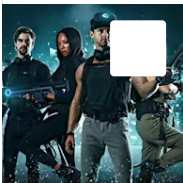
Philharmonie Berlin: Operngala mit Bryn Terfel und Pretty Yende am 30.11.25.

24.10.2025



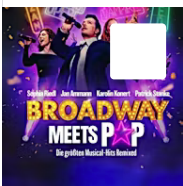
Das Ballett „Schwanensee“ verzaubert Berlin vom 26.–28.11.2025. Tickets hier!

Berlin 23.10.2025



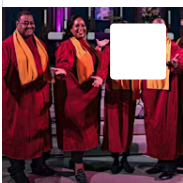
Virtual Reality in Berlin: 3 coole Fullbody-VR Indoor-Spiele in Berlin. Tickets!

Berlin 19.10.2024



„Broadway Meets Pop“ in Berlin nur am 01.12.2025! Tickets hier!

Berlin 12.06.2025



Harlem Gospel Night 2025 „Oh Happy Day“: Gospel-Power in Schöneberg!

Berlin 04.10.2023



